



[Im Browser anzeigen](#)



**Newsletter des Institut Kirche und Judentum -
Pessach 2021**

Grußwort des Institutsleiters

„Festjahr 1700 Jahre Judentum in Deutschland“ – das klingt nicht nur beeindruckend, das ist beeindruckend. Beeindruckend lange Zeit. Meine Heimatstadt Berlin, der Ort, an dem das „Institut Kirche und Judentum“ seinen Sitz hat, feierte 2012 erst das 775. Jubiläum und ich erinnere mich sogar noch ganz gut an das 750. Jubiläum der damals geteilten Stadt, als der US-Präsident Reagan „Mr. Gorbatschow“ aufforderte: „Tear down this wall!“. Das hielt ich damals für reine Rhetorik, die auch zeigte, dass der Präsident einmal als Schauspieler gearbeitet hatte. Nun feiern wir „#2021JLID – Jüdisches Leben in Deutschland“, es gibt eine Sonderbriefmarke mit dem aufmunternden Motto „Chai – auf das Leben!“ und es gibt (wie sollte das auch anders sein) Kritik. Ich erinnere mich noch gut, wie im Vorfeld des Reformationsjubiläums 2017 hochmögende Reformationshistoriker (und Reformationshistorikerinnen) auftraten und sich beschwerten. Zu wenig aktuelle Ergebnisse historischer Wissenschaften in den Konzepten und Veranstaltungen des Feiermarathons, ein viel zu monolithisches Konzept von „der Reformation“ und dann noch illustriert durch die „allein“-Formulierungen wie „allein Christus“, die doch bekanntermaßen eine Systematisierung von Lehrbüchern des vergangenen Jahrhunderts darstellen. Und manchen systematischen Theologen passte die ganze Richtung der Feierlichkeiten nicht: Zu wenig Schleiermacher, zu viel Barth. Oder umgekehrt: Ein zu stark auf die Gegenwart zurechtgestutzter Luther. Oder nochmal anders: Zu wenig Schuldbekennnis für den zornigen alten Luther. Zu Jubiläen gehört offenbar, dass kluge Historiker (und Historikerinnen) darauf hinweisen, dass solche Feiern konstruierten Narrativen folgen, allen deutlich wird, dass es sich um keine Volkshochschulkurse zur Vermittlung der gerade aktuellen Sichtweisen der Fachzünfte auf die Vergangenheit handelt und alles natürlich auch der Selbstvergewisserung der Gruppe dient, die da feiert.

Vor kurzem konnte man einen Zeitungsartikel aus der Feder von einem prominenten Althistoriker unseres Landes lesen, der zudem auch noch vorzüglich schreiben kann und sich für die Geschichte antiker Religionen interessiert (alles das zusammen ist, wie die Fachleute wissen, keineswegs selbstverständlich). Hartmut Leppin, der in Frankfurt lehrt, informierte die Lesendenschaft, dass der eigentliche Anlass für das Gedenken – eine Verfügung des römischen Kaisers Konstantin vom 11. Dezember 321 – im Zusammenhang einer großen zusammenfassenden Rechtssammlung der Spätantike überliefert ist, des Codex Theodosianus. Oft kann man lesen, dass in dieser Verfügung zu lesen steht, dass auch Juden in Ämter einer Ratsversammlung und einer Stadtverwaltung berufen werden können. Wie seinerzeit oft in solchen Zusammenhängen üblich, wurde die Verfügung durch eine konkrete Anfrage ausgelöst – und die stammte aus Köln am Rhein. Genauer gesagt: Aus der Colonia Claudia Ara Agrippinensium, einem administrativen und wirtschaftlichen Zentrum einer Provinz am Rande des Römischen Reiches, also sicher keiner „deutschen“ Stadt, sondern einer von dort kürzer oder länger lebenden Menschen aus unterschiedlichsten ethnischen, kulturellen und religiösen Zusammenhängen

zusammengesetzten Kolonie, die individuelle Prägungen im Rahmen einer mehr oder weniger dominanten griechisch-römischen Einheitskultur lebten. Zu diesen Kolonisten der Kolonie gehörten, wie die Anfrage aus der Colonia Claudia Ara Agrippinensium zeigt, offenkundig auch jüdische Menschen, die erkennbar als Jüdinnen und Juden auftraten. Im Grunde müsste man also eher von „1700 Jahre Judentum auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland“ sprechen. Aber selbstverständlich hat 2017 auch niemand von „500 Jahre höchstwahrscheinlich erfolgter Anheftung von Disputationsthesen (vulgo: „Thesenanschlag“), von vielen Fachleuten für einen Startpunkt der lutherischen Reformation und damit auch weiterer Reformationen gehalten und von anderen auch nicht“ gesprochen; nicht nur Menschen, die Werbekampagnen gestalten müssen, neigen aus nachvollziehbaren Gründen zu Vereinfachungen, über die Fachwissenschaftlerinnen und Fachwissenschaftler den Kopf schütteln. Die dürfen aber auch fünfhundert Seiten schreiben.

Hartmut Leppin geht es in seinem erwähnten Zeitungsbeitrag aber gar nicht darum, diese übliche Schelte der im Zuge bestimmter Kommunikationsformen unabdingbaren Komplexitätsreduzierung zu beklagen. Er hat vielmehr einfach nur gründlich in die spätantike Rechtsammlung gesehen, von der es inzwischen längst gute kommentierte englische, französische und deutsche Übersetzungen gibt. Zunächst einmal muss man wissen, dass im Unterschied zu heutiger Praxis solche Ämter nicht bezahlt wurden, sondern man im Gegenteil erwartete, dass sich Inhaber hoher politischer Ämter als Mäzene und Sponsoren betätigten, also beispielsweise einen öffentlichen Brunnen stifteten. Mitgliedschaft in der Ratsversammlung und im Stadtrat war wegen solcher Erwartungen kostspielig und wurde in den schwierigen Verhältnissen der Spätantike (mit politischer sowie wirtschaftlicher Instabilität) zunehmend unbeliebt. Viele Reiche versuchten sich zu drücken. Wenn man genau in die Verfügung Konstantins schaut, ist ihre eigentliche Pointe nicht, dass nun Menschen jüdischen Glaubens städtische Ämter übernehmen konnten, sondern, dass nicht alle solche Ämter übernehmen mussten. Mit anderen Worten: Konstantin gestattete Ausnahmen, so wie er auch christlichen Klerikern solche Ausnahmen gestattete. Die stifteten nämlich ohnehin schon genug für die Öffentlichkeit. Vielleicht waren also analog Rabbinen von der Verpflichtung ausgenommen. Wörtlich heißt es (Codex Theodosianus XVI 8,3):

„Durch reichsweit gültiges Gesetz erlauben wir allen Stadträten, dass Juden in den Stadtrat berufen werden. Damit ihnen (sc. den Juden) selbst aber etwas an Trost verbleibe für die bisherige Regelung, so gestatten wir, dass je zwei oder drei [...] aufgrund dauernder Privilegierung mit keinen (solchen) Berufungen belastet werden“.

Vermutlich gab es also in der Colonia Claudia Ara Agrippinensium wohlhabende jüdische Mitbürger, von denen man nicht nur die Übernahme politischer Verantwortung, sondern substanzielle mäzenatische und sponsorische Beiträge zum städtischen Leben erwarten konnte. Vielleicht gab es sogar eine jüdische Gemeinde, eine Synagoge, einen Rabbiner. Das wissen wir aber nicht wirklich. Wie auch immer: Im Laufe des vierten und

fünften Jahrhunderts steigerten sich die unfreundlichen Maßnahmen der christlichen Kaiser gegen die Bürger jüdischen Glaubens und in den folgenden Jahrhunderten entstand aus der römischen Kolonie eine vollkommen andere Stadt, die mittelalterliche Bischofs- und Hansestadt Köln an Rhein.

Ob es zwischen Antike und Mittelalter, einer Phase großer Kontinuitätsbrüche, eine kontinuierliche jüdische Besiedlung am Platz des heutigen Köln gab, wissen wir nicht – ein Ritualbad im Norden der Altstadt datiert aus dem achten Jahrhundert und bei Ausgrabungen im mittelalterlichen Judenviertel am Rathausplatz wurde jüngst die auch aus Schriftquellen bekannte Synagoge gefunden, die in der ersten Hälfte des elften Jahrhunderts entstanden sein dürfte. Der durch seine schiere Länge an Zeit imposante Claim „1700 Jahre Judentum in Deutschland“ verdeckt aber eine von schrecklichen Diskontinuitäten geprägte Geschichte jüdischen Lebens in der Stadt am Rhein, die 1424 zunächst einmal durch eine Ausweisung „auf alle Ewigkeit“ beendet schien und vorher schon durch die „Judenschlacht“ fast an das definitive Ende gekommen wäre: 1349 in der Bartholomäus-Nacht entluden sich Beschuldigungen, die jüdischen Einwohnerinnen und Einwohner seien für die Pest verantwortlich; ein Mob drang ins jüdische Viertel ein und ermordete die meisten Bewohner.

Wenn ich recht sehe, feiern Menschen angesichts einer solchen schrecklichen Geschichte – von dem Versuch, die Geschichte in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts mit Mitteln eines industriell betriebenen Massenmords tatsächlich für alle Zeiten zu beenden, muss man ja gar nicht eigens schreiben –, mit gemischten Gefühlen. Die einen freuen sich, dass es trotz einer solchen Geschichte immer noch und wieder jüdisches Leben in Deutschland gibt, ad multos annos, die anderen registrieren äußerst besorgt die Zunahme von kleineren und großen Attacken dagegen und ihnen ist nicht nach Feiern zu Mute. Alles also wie gehabt? Wie üblich auch bei diesem Jubiläum Hinweise darauf, dass solche Feiern konstruierten Narrativen folgen, keine Volkshochschulkurse zur Vermittlung der gerade aktuellen Sichtweisen der Fachzünfte auf die Vergangenheit sind und natürlich auch der Selbstvergewisserung der Gruppe dienen, die da feiert? Natürlich, das alles gehört zu den Umständen, unter denen ein Fest gefeiert wird, wie einem jede Kulturwissenschaftlerin begrifflich machen könnte, wenn man es noch nicht weiß. Welcher Selbstvergewisserung kann dann das „Festjahr 1700 Jahre Judentum in Deutschland“ Menschen dienen, allzumal Christenmenschen? Man sieht das schon auf der Homepage der Bundesregierung, denn da steht mit großen Buchstaben geschrieben: „1.700 Jahre – ‚eine Geschichte mit Zukunft‘“. Gerade weil es immer wieder Menschen gibt, die die Kontinuität von jüdischen Leben hierzulande in Frage stellen, will sich die Gesellschaft darüber vergewissern, dass man inmitten von Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung auch Kontinuität erkennen kann und Kontinuität gepflegt werden sollte. Und dafür gibt es ermutigende große Zeichen: In Hamburg und Berlin sollen große Synagogen wiederaufgebaut werden, die im Zusammenhang der Reichspogromnacht zu Ruinen wurden und sogleich oder im Zusammenhang der Abrisswut nach dem Krieg entsorgt wurden. Auch da weisen selbstverständlich Menschen darauf hin, dass hier Kontinuitäten suggeriert werden, die nicht bestehen:

Die Hamburger Synagoge war nun eben einmal beseitigt und es gab allseits bekannte Gründe dafür. Aber es gibt genauso gute Gründe, sie wieder hinzustellen und sich auch um eine zweite Hamburger Synagoge zu kümmern (einen liberalen Tempel), deren Reste noch übriggeblieben sind: Damit wird sichtbar dokumentiert, dass wir als Gesellschaft eine starke Kontinuität jüdischen Lebens wollen und uns von denen, die das nicht wollen, das Heft nicht aus der Hand nehmen lassen. „Chai – auf das Leben!“. Eigentlich ein wunderschöner Wunsch. Chai – auf das jüdische Leben! Einen Toast auf das jüdische Leben hierzulande! Grund genug zum Feiern.

Für die kommenden Feiertage wünscht das Team des Instituts Kirche und Judentum entsprechend Hag Sameach, gesegnete Festtage – zu Pessach, Ostern und überhaupt: Viel Gesundheit und starke Nerven dazu.

Christoph Marksches, Institutsleiter



Wir freuen uns auf die Fortführung unserer Lesereihe

Auch in diesem Jahr veranstalten wir gemeinsam mit der Eberhard-Ossig-Stiftung an jedem 3. Donnerstag im Monat Abende, die unterschiedliche Perspektiven auf jüdische Identitäten werfen.

Die Veranstaltungen finden aufgrund der Pandemie weiterhin im Freien unter Berücksichtigung der notwendigen Schutzmaßnahmen statt.

Den Auftakt macht die in Ost-Berlin geborene Schriftstellerin Barbara Honigmann. Am 27. Mai liest sie aus ihrem 2019 erschienenen Roman "Georg". In diesem erzählt sie über ihre deutsch-jüdisch-kommunistische Sippe, die Lebensgeschichte ihres Vaters und die immer wiederkehrende Erfahrung: "Zu Hause Mensch und auf der Straße Jude."

Am 24. Juni haben wir Bubales zu Gast, das einzige jüdische Puppentheater Deutschlands. Die frechen Handpuppen führen mit ihrem »Schalömchen«-Trolleybus durch das Veranstaltungsangebot anlässlich 1700 Jahre jüdischen Lebens in Deutschland oder erklären Kindern und Erwachsenen die Feste und Traditionen jüdischen Lebens. An diesem Abend wird das Stück "Die Koschermaschine" aufgeführt, ein Puppen-Science-Fiction über die Rolle der Tiere im Judentum und den Umgang mit jüdischen Speisegesetzen.

Lena Gorelik wird am 22. Juli aus ihrem druckfrischen Buch "Wer wir sind" lesen. Es ist ein autobiographischer Roman, der zeigt, dass die Identität gerade im Zwiespalt zwischen Stolz und Scham, Eigensinn und Anpassung, Fremdsein und allem Dazwischen stark wird. «Wer wir sind» erzählt, wie eine Frau zu sich findet – und wer wir im heutigen Deutschland sind.

Ein Abend mit Texten von Mascha Kaleko findet am 12. August statt. Angelika Obert, von 1993 - 2014 Rundfunk- und Fernsehbeauftragte der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz für den Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb), liest bekannte und unbekannte Texte der berühmten Dichterin.

Wir freuen uns auf laue Sommerabende mit anregender Literatur und guter Musik, mit Witzigem und Nachdenklichem - und mit Ihnen.
Theresa Dittmann

Die nächsten Termine im Überblick:

27.5. Barbara Honigmann "Georg"

24.6. Bubales-Puppentheater "Die Koschermaschine"

22.7. Lena Gorelik

12.8. Angelika Obert liest Mascha Kaleko

Ort: Innenhof der Markgrafenstraße

Zeit: 19 Uhr

Anmeldung erbeten unter mail@ikj-berlin.de

Gedanken zum Fest - von Elad Lapidot

Pessach ist „das Fest der Freiheit“, das an die Befreiung von der Sklaverei erinnert. Die Geschichte von Exodus zeigt, dass Befreiung ein komplexer Prozess ist. Die Emanzipation des Körpers bedeutet nicht immer die Entkolonisierung des Geistes. Der Meister mag den befreiten Sklaven weiterhin dominieren - und zwar im Willen des Sklaven, Meister zu werden. Die Eventualität einer emanzipierten Existenz, die sich durch die Herrschaft nicht wie in Ägypten negativ, sondern positiv bestimmen lässt, so dass die befreiten Sklaven ihre eigene Kultur nach den herrschenden Werten um- und neu deuten, erinnert an eine in Benjamins Text Über den Begriff der Geschichte (1940) erwähnte Gefahr. „Die Gefahr“, steht dort, „droht sowohl dem Bestand der Tradition wie ihren Empfängern. Für beide ist sie ein und dieselbe: sich zum Werkzeug der herrschenden Klasse herzugeben.“ Der Gefahr von Aneignung der Tradition nicht durch Außenseiter, sondern durch die Herrschenden setzt Benjamin den folgenden Imperativ entgegen: „In jeder Epoche muß versucht werden, die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugewinnen, der im Begriff steht, sie zu überwältigen.“ Im Benjaminschen Kulturerbe-Imperativ klingt ein jüdischer an. In der Pessach-Haggada, dem Skript des jährlichen Überlieferungsrituals, in dem sich durch Weitererzählung der Exodusgeschichte positive Identifikation mit der jüdischen Tradition bildet, steht: „In jeder Generation soll der Mensch sich betrachten, als sei er selbst aus Ägypten ausgezogen.“ Dieser Grundsatz war für Zeiten der Unterdrückung gedacht. Es gibt Zeiten in denen der Grundsatz, mit Benjamin gedacht, vielleicht wie folgt abzuändern wäre: „In jeder Generation soll der Mensch sich betrachten, als sei er selbst aus Ägypten noch nicht ausgezogen.“

PD Dr. Elad Lapidot ist Oberassistent und Privatdozent am Institut für Judaistik und am Institut für Systematische Theologie an der Universität Bern, als auch Lehrbeauftragte am IKJ



Unser nächster Newsletter erscheint, wie Sie es gewohnt sind, zu Rosch Haschana im September.

ikj-berlin.de

[Newsletter abbestellen](#)
